



Wanderer

Älteste, unparteiische Zeitung des Industriebezirks, bewährtestes Anzeigenblatt

Der "Wanderer" erscheint werktäglich, mittags. — Bezugspreis monatlich in Deutsch-Oberschlesien 12 000 deutsche M., in Polnisch-Oberschlesien 30 000 polnische M., im Voraus zahlbar 24 000 deutsche M.; in Polnisch-Oberschlesien f. auswärtige u. amtliche Anzeigen 2000 poln. M., für Ortsanzeigen 1500 poln. M., Reklame-mm-Zeile 6000 und 4000 poln. M., Angebots- u. Auktionsvermittlung 500 M. und an begründeten keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises. — Die einspaltige mm-Zeile kostet in Deutsch-Oberschlesien für auswärtige und amtliche Anzeigen 12 000 deutsche M., für Ortsanzeigen 9000 deutsche M., Reklame-mm-Zeile für auswärtige Anzeigen 36 000 deutsche M., für Ortsanzeigen 24 000 deutsche M.; in Polnisch-Oberschlesien f. auswärtige u. amtliche Anzeigen 2000 poln. M., für Ortsanzeigen 1500 poln. M., Reklame-mm-Zeile 6000 und 4000 poln. M., Angebots- u. Auktionsvermittlung 500 M. und Porto. Beilagengebühr 10 000 M. Bei gerichtl. Mitwirkung, bei Akford. od. bei Konkurs fällt jede Rabattbewill. fort.

Schärfere Bekämpfung der Lebensmittelnot

Zeuerungsputz im Reiche

Ob. Berlin, 16. August. (Eig. Ber.) Heute vormittag liegen neue Meldungen über blutig verlaufene Zeuerungsputzen im Reiche vor. Aus Aachen werden 6 Tote, aus Gelsenkirchen 11 Tote und aus Trier 16 Tote und etwa 30 Verwundete als Opfer der Unruhen gemeldet. Ueber Aachen und Trier ist der Besatzungsstand verhängt. 30 000 Menschen haben in den letzten Tagen die Hauptstadt verlassen.

Neue Forderungen der Gewerkschaften

Berlin, 15. August. Die Regierungserklärung Stresemanns hat die Gewerkschaften nicht befriedigt. Gestern Abend hielten Vertreter der Gewerkschaften eine Konferenz mit den sozialistischen Ministern des Reichskabinetts ab, in der weitergehende Forderungen der Gewerkschaften, besonders in der Bekämpfung der fortschreitenden Lebensmittelverteuerung formuliert worden sind. Die Vertreter der Gewerkschaften werden Sonnabend vormittag vom Reichskanzler empfangen werden.

Englands Ratföhlage

London, 15. August. Dem diplomatischen Berichterstatter des "Evening Standard" zufolge werde einer der ersten Schritte der britischen Regierung die Einleitung der Sachverständigenuntersuchung über die deutsche Zahlungsfähigkeit sein. Dies werde jedoch voraussichtlich erst nach Empfang der Antwort Polmarsches geschehen. Der Londoner Berichterstatter des "Manchester Guardian" erklärt dagegen, es brauche nicht angenommen zu werden, daß die britische Regierung augenblicklich irgendeine genaue Form einer schweren Aktion im Sinne habe. Wenn aber Frankreich und Belgien bei ihrer unabhängigen Politik verharren, so werde auch Großbritannien eine eigene unabhängige Politik verfolgen müssen. England habe auf jeden Fall augenblicklich keinerlei Absicht, sich in die innere deutsche Politik zu mischen, verfolge aber diese Politik mit großem Interesse. Es sei Deutschlands eigene Aufgabe, finanziell und wirtschaftlich zu gefunden, bevor England irgend etwas mit Deutschland zu tun haben kann.

Wieder 50 Milliarden geraubt

Witten, 15. August. Die Franzosen beschlagnahmen hier 50 Milliarden, die für die Reichsbank bestimmt waren. In Paris sind die Beschlagnahme der 50 Milliarden des Reichs- und Staatsbankrottens im Oberbergamt. Die Beschlagnahme wurde von Belgiern besetzt.

Frankreichs Sozialisten machen mit

Genf, 15. August. Die sozialistischen Parteien Frankreichs veröffentlichen seit Tagen Aufrufe der Regierung an die französische Arbeiterschaft, sich freiwillig für die beschlagnahmten Kohlenwerke und für die beschlagnahmten Industriebetriebe des Ruhrgebietes zu melden. Es wird doppelter Lohn in Frankfurterwährung sowie Kontrakt auf 3 Jahre ausgedehnt.

Englische Großbankiers kommen nach Berlin

Ob. Rotterdam, 16. August. (Eig. Ber.) Aus London wird gemeldet, daß gestern Abend 5 englische Großbankiers von London nach Hamburg gereist sind, von wo sie sich nach Berlin weiter begeben wollen. Unter ihnen befindet sich der Vertreter der Londoner Moran-Bank.

Schaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels

Berlin, 16. August. Die Reichsregierung trägt sich mit der Absicht über die Schaffung eines wertbeständigen Anleihe hinaus, dem Geben des wertbeständigen Geldes konkretere Formen zu geben. Am Mittwoch haben hierüber Besprechungen mit wirtschaftlichen und berufständischen Organisationen stattgefunden. Zunächst ist eine freiwillige nicht eine gesetzliche Aktion geplant. Bei diesem Pläne handelt es sich darum, den Sachbesitz, der durch die Produktion der Landwirtschaft und Industrie (Kali, Kohle, chemische Industrie usw.) gegeben ist, für die Sicherung und Deckung eines neuen wertbeständigen Zahlungsmittels als Garantien nutzbar zu machen.

Oberpräsident und Minister Fuhs

Paris, 16. August. (Eig. Ber.) Der zum Reichsminister für die besetzten Gebiete ernannte Oberpräsident Dr. Fuhs wird den Blättern zufolge im Einverständnis mit dem Reichsminister des Reiches und Preußen auch während seiner Minister-Tätigkeit sein Amt als provisorischer Oberpräsident der Rhein-Provinz beibehalten.

Ein Ultralinkser

Berlin, 16. August. (Eig. Ber.) Wie das Tageblatt mittelt, dürfte der Abgeordnete Dr. Süßler zum Reichstagsmitglied ernannt werden. Das erste "Koalitionswort" der D. S. D. der sozialistische Abgeordnete des preussischen Landtages Gerhard Bucha veröffentlicht in der "Noten-Fahne" eine Erklärung, nach der er mit dem heutigen Tage zur D. S. D. übertritt.

Verlängerung der Verkehrsperre

München, 16. August. Wie vom Verfassungsausschuss in München-Mladbach mitgeteilt wird, ist die Verkehrsperre zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet bis auf weiteres verlängert worden.

Siesberts lehnt ab

Berlin, 15. August. Im Reichsanzeiger wird das Kabinett Stresemann in seiner vorläufigen Zusammensetzung amtlich bekannt gegeben. Außerdem wird mitgeteilt, daß der Reichspräsident das Mitglied des Reichstages, Legationsrat Freiherr von Siesbert, zum Staatssekretär in der Reichskanzlei ernannt hat.

Sablenstein geht nicht

Berlin, 16. August. Der Reichsbankpräsident Sablenstein war gestern Abend beim neuen Reichskanzler. Wie wir erfahren, lehnt Herr Sablenstein als unabsetzbarer Beamter der autonomen Reichsbank, weiterhin ab, sein Demissionsgesuch einzuziehen.

Besprechung der Ernährungsfrage

Berlin, 15. August. Das neue Reichskabinett hat heute vormittag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Stresemann seine erste Sitzung abgehalten, in der die Ernährungsfrage besprochen wurde. Die Sitzung begann um 11 Uhr und war um 1 Uhr zu Ende.

Katastrophale Erhöhung der Eisenbahntarife

Berlin, 15. August. Wie wir von zuverlässiger Stelle erfahren, tritt am 20. August eine Erhöhung aller Eisenbahntarife ein, die infolge der Kohlenpreissteigerung über das vom Reichseisenbahngesetz beschlossene hinausgehen müssen. Die Personen- und Gepäcktarife sollen um 900 Prozent und die Gültartarife um 2000 Prozent erhöht werden. Die Industrietarife werden im Güterverkehr am 20. August, im Personenverkehr am 1. September eingeführt. Die Schlußzahl für die Industrietarife im Güterverkehr beträgt 1,2 Millionen.

Lebensmittelmangel

Mährheim, 15. August. Die Lebensmittel der besetzten Gebiete, mit Ausnahme der Rache Lagerbestände, sind wieder eingefahren, aber jedoch heute noch vollständig Mangel. Auf den Lebensmittelmarkt wird von der Regierung über die Lebensmittel der besetzten Gebiete die Kontrolle übernommen, die die Kontrolle der Lebensmittel der besetzten Gebiete übernehmen. Die Lebensmittel der besetzten Gebiete werden durch die Regierung kontrolliert. Die Lebensmittel der besetzten Gebiete werden durch die Regierung kontrolliert.

In Stettin wird weiter gestreift

Stettin, 15. August. Die Werftarbeiter lehnten das Unternehmungsangebot, das auf zwei Millionen Mark Vorschuss, Einkommensfamilialer Entlassenen lautete, einstimmig ab. Der Streik geht also weiter. Neu in den Streik getreten ist die Belegschaft der Oderwerke, sowie die Saffarbeiter Stettins.

Der Reichsindex

Berlin, 16. August. Der Reichsindex des statistischen Reichsamtes beträgt in der Woche vom 7.—13. August 436,935, d. h. eine wöchentliche Steigerung um 192,2 %.

Landwirtschaft und Goldanleihe

Reichskanzler Dr. Stresemann hat in seiner gestrigen Rede eindringlich alle Bevölkerungsklassen zur Zeichnung der Goldanleihe aufgefordert. Es verdröhte äußerst peinlich, so wird uns aus parlamentarischen Kreisen geschrieben, daß Dr. Helfferich erklärte, die Landwirtschaft verfüge zur Zeit über so wenig Kapital, daß sie nur wenig Goldanleihe zeichnen könne. Gerade die Landwirtschaft hat bekanntlich ungeheure Geldmangel und es ist nicht gut erklärlich, warum gerade sie über besonders wenig Kapital verfügen sollte, über weniger als andere Berufsstände. Der "Patriotismus" der Agrarier scheint auch jedesmal nur Lipendienst zu sein. Gerade um den Landwirtschaften wertbeständige Bezugsstoffe zu gewährleisten, sollte die Goldanleihe aufgelegt werden. Sind sie es nun, die sie — als einzige — sabotieren wollen?

den Profitgebern ins Gesicht schlagen. Wer sein vaterländisches Interesse nur im großen Verdienen beständig, muß sich nicht wundern, wenn die Masse das Jammern fast bekommt. Das deutsche Volk hat in diesen neun Monaten wirklich viel für das Reich geleistet — die Wirtschaft aber begehrt schmerzlichen Trost, wenn sie den Aufgebau des deutschen Volkes sabotiert.

Die Franzosen sehen unzufrieden zu

Gelsenkirchen, 16. August. In Datteln kam es heute nachmittag zu schweren Ausschreitungen. Etwa 5-6000 kommunistische Elemente bedrohten den Amtsbeigeordneten Wulle, dem ein Margarinefaß über den Kopf gestürzt wurde. Desgleichen wurde die zur Besetzung des Amtshauses herbeigeleitete Polizeibeamten, die auf Unterstützung freien Letztens ihre Waffen abgegeben hatten, mit Knütteln schwer mißhandelt. Mit Beamten mußten schwer verletzt ins Krankenhaus eingeliefert werden. Verhaftungen aus Redaktionshäusern wurden gleichzeitig von der Menge angegriffen. Sie hatten drei Verletzte. Auf Seiten der Ruhestörer wurden soweit bis jetzt bekannt ist, fünf Mann verletzt. Zurzeit ist Ruhe eingekehrt. Die französische Besatzungsgewalt hatte ein Eingreifen abgelehnt.

Plünderungen in Ferner

Ferne, 16. August. Die Lage in Ferner war seit einigen Tagen schon gebessert. Gestern ist es nunmehr zu Plünderungen gekommen. Arbeitslose, verstärkt durch ankommende Elemente, suchten die Bevölkerung durch den Mangel an Zahlungsmitteln und die große Zeuerung auszubuten. Gestern kam es auf der Bahnhofstraße zu fast organisierten Ansammlungen. Gegen 4 Uhr wurde das Konfektionshaus Fischer von der Menge besetzt und zunächst gezwungen, zu ermäßigten Preisen zu verkaufen. Da der Tumult immer stärker wurde, konnte das Personal die Waffen nicht mehr halten und es kam zu einer planmäßigen Ausplünderung der gesamten Warenvorräte. Diese wurden durch die geträumerten Fensteröffnungen auf die Straße geworfen und vom Mob an sich genommen. Gleichzeitig setzte ein Sturm auf die Lebensmittelgeschäfte, von denen ein großer Teil ausgeplündert wurde. In einigen Geschäften wurden die Waren zu herabgesetzten Preisen, die von einem "Ausverkauf" fehlten, abgeben, die Polizei war vollkommen machtlos.

Während die Franzosen mit immer schärferem Druck die Industriegebiete der Besetzung und Kontrolle unter heimlichen Schlägen gähne betreiben und durch Androhung der Verlagerung von Haus und Hof den Druck auf die Bergleute verstärken und den wackeren Männern des Widerstandes so das Leben verfallen — daß es im Ruhrgebiet unter der Geld- und Lebensmittelknappheit schwerer, als im unbesetzten Gebiet zu ertragen ist, lassen die Kommunisten nicht von ihren Plänen ab, durch politische Umwälzung der Lebensmittelnot, das Chaos in besetzten Gebiet zu steigern, die Macht an sich zu bringen. Die Bergarbeiter des Ruhrgebietes haben diesen Kampf um die Ordnung satt. So wenden sich die Bergarbeiterverbände in einem Aufruf an ihre Kameraden gegen die Generalkonferenz der Kommunisten und Syndikalist. Der Generalkonferenz wird der Aufruf zum Bürgerkrieg und würde unglückliches Ende über das Land bringen. Die Arbeiter werden gebeten, sich nicht zu Unbesonnenheiten hinreißen zu lassen, sondern Vertrauen in die gesetzgebenden Regierungsmassnahmen (Steuergesetze) zu setzen, die sicher in ihrer Auswirkung geeignet seien, die Selbstwertung abzuwehren und die Ernährungsfrage zu bessern. Es gelte den Bestand des Reiches zu wollen und die deutschen Arbeiter der Ruhr nicht fremder Fron auszuliefern.

Mit Gewaltmitteln ist auch keineswegs eine dauernde Besserung herbeizuführen. Mit Maschinen, Gewehren und Handgranaten lassen sich wohl Plünderungen inszenieren, aber keine Bevölkerung dauernd satt machen. Die Wirtschaft muß intakt bleiben. Dieser Besonnenheit der Arbeiter muß aber der Opfertwille des Volkes gegenüber stehen. Die schamlose Bereicherung der Fabrikanten und der Landwirtschaft aus der Notlage der Bevölkerung muß aufhören. Die Banken müssen weniger Geld (ihrer Einleger) in Valuten investieren, dann ist auch hinreichend Geld an Lohnzahlungen vorhanden. Der Rücklauf des Geldes bei den Banken ist nicht so knapp, wie glauben gemacht wird. Die Banken sind nur robust genug, die Einzahlungen der Detailkassen und Kaufleute spekulativ zu verwenden. Für den Verkauf von Wertpapieren ist Geld vorhanden... Somit besteht man deutsche Firmen, trotz ihrer erheblichen Guthaben, mit einigen Millionen ab. Wenn dann Katastrophe entsetzt, muß der kleine Geschäftsmann nochmals das Kamittel hergeben. Wer das Chaos nicht will, fördere es auch nicht; die Profittwut mancher Kreise ist geradezu staatsgefährlich geworden...

Von gewissen Elementen werden diese Plünderungen in unserem Wirtschaftsleben gefördert; ausgenützt. Wohin Ordnung und Sicherheit gelangen können, demonstrieren folgende Drahtmeldungen unserer Berliner Redaktion und andere Meldungen über Unruhen im Reiche:

Ob. Berlin, 16. August. (Eig. Ber.) Hier sind für kommenden Sonntag allgemeine Massenparaden nach dem Lande von den kommunistischen Betriebsräten und dem Gewerkschaftsrat anberaumt worden. In den Kundgebungen heißt es, daß Kuchade und Feldhaken mitsubringen sind. Da mit der Möglichkeit von großen Plünderungen auf dem Lande zu rechnen ist, sind auf Anordnung des Ministers des Inneren Sicherheitsmaßnahmen durch Polizei und Feldjäger getroffen worden. Aus dem Westen lauten die Meldungen keineswegs erfreulich. Welche Opfer solche Ausschreitungen fordern, haben wir an der Spitze dieses Artikels summarisch dargelegt. Die Schornsteine müßten...